

Politikwechsel für ländliche Räume: Fünf-Punkte-Programm für bäuerliche Landwirtschaft, Umwelt und Tierschutz

Verbände richten Kernforderungen an Bund und Länder

Die Landwirtschaft steht vor großen Herausforderungen. Besonders die Milchbäuerinnen und Milchbauern stecken in der tiefsten wirtschaftlichen Krise seit Jahrzehnten. Die Versprechungen von Politik und Wirtschaft, besonders aus den Reihen des Deutschen Bauernverbandes, aber auch aus der Wissenschaft, eine noch stärkere Ausrichtung auf Weltmarktexporte, werde den Betrieben goldene Jahre bescheren, haben sich als falsch erwiesen.

In Erwartung steigender kaufkräftiger Absatzmärkte hat ein Teil der Betriebe die Tierbestände massiv vergrößert – häufig sogar mit staatlicher Förderung und entgegen vieler Warnungen vor den negativen Folgen für Umwelt, Tierschutz und bäuerliche Betriebe hierzulande und im globalen Süden. Das hat auch dazu geführt, dass die intensive, konventionelle Tierhaltung zunehmend Akzeptanz verliert.

Die Rechnung dieser Agrarpolitik haben jetzt akut die Milchviehbetriebe zu zahlen – seit Mitte 2014 fällt der Milchpreis. Die Molkereien zahlen den Milchbäuerinnen und Milchbauern ruinöse Preise für die Milch. Molkereien und Bundesregierung warten weiter ab, während eine Erholung des Marktes auf sich warten lässt. Es droht ein massiver Strukturbruch in der Landwirtschaft – nicht nur bei den Milchviehbetrieben. Diese Agrarpolitik richtet sich gegen Bauern und Bäuerinnen.

Damit nicht genug: Der Artenschwund in der Agrarlandschaft, die Nährstoffeinträge in Gewässer und Meere, das Auslaugen der Böden, die zunehmende Industrialisierung der Tierhaltung und der Beitrag der Agrarwirtschaft zum Klimawandel machen deutlich: Wir brauchen eine Agrarwende, eine Agrarpolitik für Bäuerinnen und Bauern, Umwelt und Tierschutz aus einem Guss. Genau das fordert ein Großteil der Gesellschaft immer drängender.

Dafür braucht es ein neues Miteinander und ein gemeinsames Vorgehen der Bauernhöfe, ob ökologisch oder konventionell bewirtschaftet, mit Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbänden, mit Konsument*innen und Molkereien.

Deutschland kann Vorreiter dieser Transformation zu einer ökologischen, tiergerechten und sozialen Lebensmittelerzeugung sein, wenn jetzt die richtigen Entscheidungen getroffen werden. Dafür braucht es Mut. Die Mehrheit der Bäuerinnen und Bauern ist bereit, die sozial-ökologische Agrarwende mit zu gestalten. Sie tun dies, wenn die politischen Rahmenbedingungen ernsthaft und konsequent umgestaltet werden und sich ihr Einsatz für Tier-, Arten- und Gewässerschutz auch in den Erzeugerpreisen widerspiegelt. Zu tun gibt es genug.

Die EU-Kommission hat festgestellt, dass Deutschland seit gut zwanzig Jahren nicht in der Lage ist, die Ziele der EU-Nitratrichtlinie einzuhalten. Nachdem der neue Düngeverordnung-Entwurf geprüft und für mangelhaft empfunden wurde, hat Brüssel Klage gegen Deutschland eingereicht.

Schon im März 2015 erhielt Agrarminister Christian Schmidt die klare Ansage: Die „derzeitigen Haltungsbedingungen eines Großteils der Nutztiere sind nicht zukunftsfähig“. Doch statt den Vorschlägen des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu folgen und eine „gesellschaftlich akzeptierte Nutztierhaltung zu entwickeln“, versagt die Bundesregierung. Über Ankündigungen und Sonntagsreden kommt Minister Schmidt nicht hinaus.

Auch die Chancen, die die aktuelle EU-Agrarförderpolitik in ihrer „ersten Säule“ bietet, werden in Deutschland bisher nicht genutzt. Anstatt Gelder für bäuerliche und ökologische Betriebe und den Umbau der Tierhaltung hin zu tiergerechten Haltungssystemen stärker zu nutzen, hält die Agrarpolitik bei der Geldverteilung weitgehend am Gießkannenprinzip fest.

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und der Deutsche Tierschutzbund fordern die Bundesregierung und den Bundesrat auf:

1. **Tierhaltung umbauen:** Entsprechend der Vorschläge im Nutztiergutachten des Wissenschaftlichen Beirates für Agrarpolitik ist die Tierhaltung in Deutschland umzubauen. Eindeutige Kennzeichnungsregelungen für Tierhaltungsverfahren sind einzuführen. Die Zukunft muss einer tierschutzgerechten, flächengebundenen Tierhaltung, die Grünland nutzt und deutliche Verbesserungen im Bereich des Tierschutzes aufweist, gehören. Nicht-kurative Eingriffe, wie das Kürzen von Geflügel-Schnäbeln oder das Kupieren von Ferkel-Schwänzen, sind zu beenden. Das geht nur mit grundsätzlich anderen Haltungsverfahren. Auch das Töten männlicher Küken von Legehennen-Rassen, als Folge einer aus dem Ruder gelaufenen Hochleistungszucht, muss ein Ende haben. Die Tierzucht muss sich dringend stärker am Tierwohl ausrichten.
2. **EU-Agrargelder umverteilen:** Mit den Geldern müssen die Bundesländer den Umbau der Tierhaltung sowie Agrarumweltmaßnahmen, den Vertragsnaturschutz und die Umstellung auf Ökolandbau gezielt vorantreiben. Auf den ökologischen Vorrangflächen (ÖVF) sind der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln generell zu untersagen. Die Gewichtungsfaktoren sind so zu ändern, dass es zu einer deutlichen Zunahme von Randstreifen, Feldgehölzen und anderen wichtigen Strukturelementen in der Agrarlandschaft sowie von Leguminosen kommt. Der ÖVF-Anteil ist ab dem Jahr 2018 EU-weit von 5 auf 7 Prozent zu erhöhen. Zur Förderung extensiver Weidehaltung sind „gekoppelte Stützungen“ auch in Deutschland zu nutzen. Ab 2017 sollte die Option, 30 Prozent der Direktzahlungen für die ersten Hektare eines jeden Betriebes zu nutzen, vollumfänglich genutzt werden. Ziel muss sein, dass die Förderpolitik ausschließlich an den mit den Fördermaßnahmen verbundenen Mehrwert für Tier, Umwelt und bäuerliche Landwirtschaft gebunden wird.

3. **Überdüngung beenden:** Die massive Gefährdung der Gewässer durch Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft ist zu stoppen. Ansonsten sind weder die Ziele der EU-Nitrat-Richtlinie noch der EU-Wasserrahmenrichtlinie oder der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie einzuhalten. Das Düngegesetz und die Düngeverordnung müssen deutlich nachgebessert werden. Dabei sind Festmist und Weidetierhaltung nicht zu benachteiligen. Der Ackerbau muss umweltfreundlicher werden und so beraten werden, dass er ohne den Pestizidwirkstoff Glyphosat auskommt, der nicht erneut zugelassen werden darf.
4. **Exportausrichtung aufgeben:** Landwirtschaftliche Erzeugung, die auf den Weltmarkt ausgerichtet ist, setzt sich immer stärker international sinkenden Produktionsstandards und dem Preisdruck aus. Anstatt die Agrarpolitik weiter auf den Weltmarkt auszurichten und auf fragwürdiges Wachstum zu setzen, sind die Weichen zu mehr Regionalität zu stellen und die Produktion an der Binnennachfrage auszurichten. Durch ein Bundesprogramm Regionalvermarktung sollen regionale Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln gezielt gestärkt und gefördert werden.
5. **Ökolandbau ausbauen:** Das Bundesprogramm Ökolandbau ist auf 60 Millionen Euro aufzustocken. Darüber hinaus sind die Agrarforschungsmittel für eine ökologische Landnutzung entsprechend dem realen Prozentsatz der ökologisch bewirtschafteten Fläche zu reservieren. Im Rahmen der „Zukunftsstrategie Ökologischer Landbau“ ist der Ausbaupfad des Ökolandbaus verbindlich festzuschreiben, um das Ziel, 20 Prozent der Agrarfläche in Deutschland ökologisch zu bewirtschaften, bis spätestens 2030 erreichen zu können.

Hannover, den 23. Juni 2016

Ansprechpartner:

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V., Ulrich Jasper, stellv. Geschäftsführer, 02381 – 90 53 171, jasper@abl-ev.de

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) e.V., Christian Rehmer, Leiter Agrarpolitik, 0174 – 39 32 100, christian.rehmer@bund.net

Deutscher Tierschutzbund e.V., Marius Tünste, Pressesprecher, 0228 – 604 96 24, presse@tierschutzbund.de